

Feminisierung des Politischen.

Zu Munizipalisten und feministischen Politiken in Barcelona

Vortragsüberarbeitung verfasst im Dezember 2017

Andreea Zelinka, Universität Wien, andreezelinka@web.de

Kontext

Der Begriff *Feminisierung des Politischen* kommt aus der spanischen Linken und ist innerhalb der munizipalistischen Bewegungen, die in den letzten Jahren in Spanien hervorgegangen sind, wieder erstarkt. Eine der vielen lokalen Kandidaturen ist *Barcelona en Comú*. Eine politische Organisation, die als Nachwirkung von *15M* entstanden ist und seit 2015 mit Ada Colau die Bürgermeisterin in einer Minderheitenregierung stellt. Diese Initiativen auf kommunaler Ebene machen den Versuch 'eine neue Art von Politik' zu machen – oder feministische Politiken.

In diesem Text geht es nicht um den Konflikt zwischen Katalonien und der spanischen Zentralregierung, also der spanischen Verfassungskrise. Nichtsdestotrotz handelt es sich im doppelten Sinn um eine wahre Krise der Verfassung, denn multiple Demokratisierungsbewegungen durchdringen und erfassen die Politik, wie sie innerhalb des spanischen Territoriums stattfindet. Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung ist eine jener vielen Demokratisierungsbewegungen. Aber wie kann das sein, wo es sich doch um eine nationalistische Bewegung handelt? Nationalismus oder kulturelle Identität mag ein Motor der Bewegung (gewesen) sein, mittlerweile gründen die Mobilisierungen jedoch hauptsächlich auf einer anderen Forderung: dem Recht auf Selbstbestimmung. Ziel ist es nicht sich abzuschotten und Zahlungen aus dem reichen Katalonien an ärmere Gegenden Spaniens einzustellen. Viel eher handelt es sich um eine Frage der Autonomie, selbst-bestimmt innerhalb des spanischen Länderbundes über soziale, ökologische und ökonomische Fragen entscheiden zu dürfen. Die katalanische Regionalregierung würde gerne progressive, basisdemokratische, soziale Politik implementieren oder zumindest Autonomierechte im gleichen Umfang wie das Baskenland genießen. Doch diese wurden seit 2006 beharrlich von der PP (*Partido Popular*, konservativ und faschistoid) beschnitten und außer Kraft gesetzt.

Außerdem hat die Unabhängigkeitsbewegung und auch die katalanische Identität über die Jahre langsam ihren Diskurs verändert. Weg von einem ethno-linguistischen Standpunkt (Sprache, Kultur, Volksgruppe) hin zu einem Demokratischen. Der katalanische Nationalismus – so abwegig es klingen mag, Oxymoron – ist inklusiv. Dieser steht im krassen Gegensatz zum spanischen Nationalismus, der vor allem Homogenität erzielen möchte (Einheitsstaat, Machtmonopol, Kastilianisierung). Vor allem die PP mobilisiert auf Basis dieses spanischen Nationalismus, gekoppelt mit einem scharfen Antikatalanismus, reaktionäre Wähler*innen.

Die Inklusivität des katalanischen Nationalismus begründet sich auf große Migrationserfahrungen, die das Land durchlebt hat. Im letzten Jahrhundert gab es zwei große innerstaatlichen Migrations- oder Arbeiter*innenbewegungen. Die zweite in den 1970er Jahren unter Franco, von ihm auch dazu intendiert die katalanische Sprache und Kultur auszumerzen (wer sich für dieses Thema interessiert möge die Texte von Paco Candel lesen¹). Die dritte, beginnend Ende des letzten Jahrhunderts, aus Asien – so ist die größte ethnische Minderheit in Barcelona die Filipinos. Andere große Gruppen sind Menschen aus Pakistan und Marokko, Nordafrika. In Katalonien kann jede*r heute Katalan*in sein, so lange die Person die katalanische Sprache lernen möchte. Es gibt aber Katalan*innen aller Façon – solche die sich als Spanier*innen verstehen und Katalanisch sprechen oder als Katalan*-

innen und Spanisch sprechen u.v.m. Daher steht heute das Recht auf Selbstbestimmung im Vordergrund. Eine grundlegende demokratische Praxis, die allerdings gekoppelt an einen faschistoiden oder exklusiven Nationalismus in Verruf gekommen ist.

Es gibt noch andere Gründe dafür, warum es hier nicht um die Unabhängigkeitsbewegung geht, obgleich der Bruch mit dem Franco-Regime allgegenwärtig bleibt. Ein anderer ist, dass revolutionäre und pro-independencia Diskurse während 15M und auf dem *Plaça de Catalunya* ausgeschlossen wurden. Bis heute wird die Unabhängigkeitsfrage von Barcelona en Comú nicht mit ja oder nein beantwortet. Durchweg unterstützen sie aber das Recht auf Selbstbestimmung und somit das Recht zu Entscheiden, unter friedlichen Bestimmungen entscheiden zu dürfen.

Es könnten auch kritische Betrachtungen angestellt werden über die Art und Weise wie die Bewegung der Comunesⁱⁱ verschiedentlich Stellung zum Konflikt bezogen haben. Allerdings ist hier leider nicht der Ort dafür. In diesem Text geht es darum, was feministische Politiken sind und wie diese umgesetzt werden wollen. Meine Ausführungen begründen sich auch auf Feldforschung, die ich 2015/16 in Barcelona und in der politischen Organisation Barcelona en Comú gemacht habe. Für ein halbes Jahr ging ich alle 15 Tage zur *asamblea de Ciutat Vella*. In dieser Versammlung des Bezirks der Altstadt, kam die nationale Frage in Diskussionen natürlich immer wieder auf. Wiederholt wurde sie dann als eine private Angelegenheit behandelt. Das hieß, dass eine Person, die für die Unabhängigkeit ist, durchaus andernorts aktivistisch für politische Repräsentation kämpfen kann. Nur ist dies innerhalb von Barcelona en Comú nicht der Fall.

15M

Nun ein kurzer Rückblick. 15M bezeichnet eine Protestbewegung, die am 15. Mai 2011 nach online-Aufrufen der Initiative *Democracia Real Ya!* auf Facebook, den *Plaza del Sol* in Madrid besetzte. Es folgten andere öffentliche Plätze, so wie der *Plaça de Catalunya* in Barcelona. Innerhalb kürzester Zeit bildete sich auf den Plätzen eine Infrastruktur und eine Stadt in Miniatur; mit Elektrizität, Arbeitsbereichen mit Rezeptionen, Tischen, Stühlen, Bibliotheken und sogar Kindertagesstätten (was Reaktionen von den Nachbarn hervorrief, da dort viele fehlten). Zugleich wurden drei Versammlungen einberufen: Infrastruktur-Taskforce, die Kommunikationsgruppe und die Food Kommission. Darauf folgten weitere Kommissionen zu Themenbereichen wie education, gender, Internet, Rechtsberatung, politische und ökonomische Themen.ⁱⁱⁱ Sogar eine Respekt-Kommission gab es, die sicherstellen sollte, dass Diskussionen und Verhandlungen im Camp im Geiste von Herzlichkeit und Konsens geführt wurden. (Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang etwas, das ich *critical studies of codes of conduct* bezeichnen würde, denn sobald Verhaltensregeln entworfen werden – wie es hier zentral der Fall ist – muss ein besonders kritisches Auge darauf geworfen werden.)

15M wurde als mannigfaltig, transversal, innovativ, aber auch als weiß und akademisch beschrieben. Während Aufeinandertreffen mit Polizeieinheiten, versuchten die Aktivst*innen v.a. das Hauptzelt zu schützen.^{iv} Corsín and Estallela beschreiben, dass die Zerbrechlichkeit und die Verwundbarkeit des Camps, Demokratie in ihrer radikalen Fragilität ausstellte und als einen Kreislauf von do-it-yourself und patchwork Handlungen, also das Handgemachte an Politik selbst sichtbar werden ließ. Die wiederholten Räumungsversuche der Polizei führten zu mehr Mobilisierung. Der Protest hielt ca. einen Monat an und es kam zu Folgeprotesten bis ins Jahr 2012. Die Demonstrationen waren gerichtet gegen Austerität, gegen politische Eliten und Finanzeliten, für eine veränderte Art und Weise von Politik, für Mitsprache der Bürger*innen und als Infragestellung politischer Repräsentation.

Das herausstechendste politische Merkmal von 15M ist der *asamblearismo*. Die Versammlungen im

öffentlichen Raum, wodurch sich der Protest als eine Landschaft von Versammlungen entfaltet. Meist gab es ein bestimmtes Thema und ein Mikrofon. Jede*r konnte sprechen, auch stille Teilnehmer*innen wurden dazu ermuntert zu partizipieren. Die Zugehörigkeit zu einer bestehenden politischen Organisation war unwichtig. Teilgenommen wurde als individuelle Stimme, nicht als Repräsentant einer Organisation.

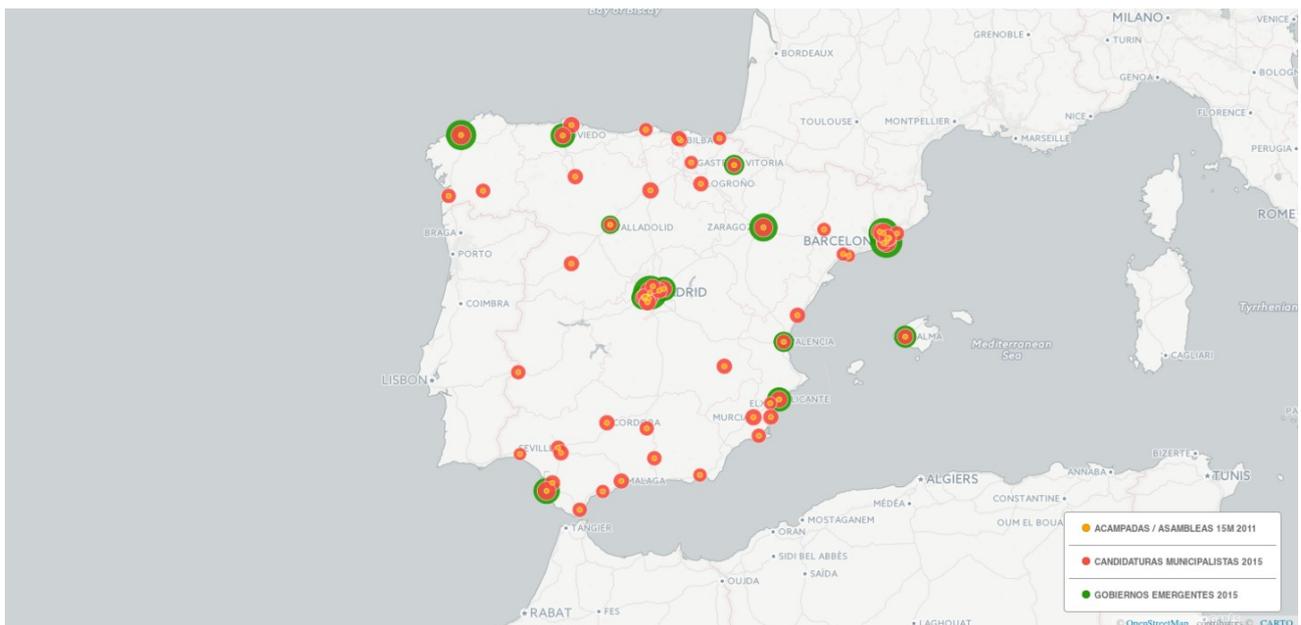
Einerseits erhielt die Bewegung Lob, andererseits Kritik. Einerseits wurde sie als pre-figurativ beschrieben, aufgrund ihres Fokus darauf, wie Politik gemacht wird. D.h. Priorität lag und liegt heute noch innerhalb der munizipalistischen Bewegung bei organisatorischen Konfigurationen und erst dann bei Inhalte, wobei es sich um linke Politiken handelt. Andererseits wurde ihnen vorgeworfen nicht konkret genug zu sein. Ihre Programme seien nicht praktikabel. Da in diesen Versammlungen versucht wurde Konsens zu erreichen, wollten sie viele Meinungen integrieren, was sich mitunter als schwammig, da komplex herausstellte.

Munizipalistische Bewegungen

Barcelona en Comú

In den Folgejahren von 15M verfestigte sich der Eindruck, dass horizontale politische Strukturen – also soziale Bewegungen, Initiativen, Nachbarschaftsverbände etc. – nicht ausreichten, um sozialen Wandel herbeizuführen. Es kommt zu einer Kombination von horizontalen und vertikalen politischen Taktiken und der Gründung politischer Organisationen, die sich im gesamten spanischen Territorium zur Wahl stellen. Auf nationaler Ebene: *Podemos*, die schnell Erwartungen und Ideale enttäuschten (da es intern zu zunehmender Machtkonzentration des Nukleus, um Íñigo Errejón und Pablo Iglesias, der Parteiführung, und Trennung von eigener Basis kam). Auch in Krisenzeiten wie heute zeigt sich mehr und mehr der autoritäre Shift, der sich innerhalb dieser Partei vollzieht.

Hauptsächlich findet das Erbe von 15M aber in den Kommunen in Form der munizipalistischen Bewegung statt. Bekannt sind Manuela Carmena in Madrid und Ada Colau in Barcelona. Allerdings gibt es so viele andere Initiativen, wie z.B. *Cádiz Si se Puede*, *Zaragoza en Común*, *Participa Sevilla*, *Málaga Ahora*, dass diese beiden zwar einen symbolischen Wert einnehmen, dieser jedoch nicht über das Ausmaß in den Gemeinden hinwegtäuschen kann.



Quelle: Mapa de las acampadas del 15M, candidaturas municipalistas y gobiernos emergentes en las ciudades de más de 100.000 habitantes^v

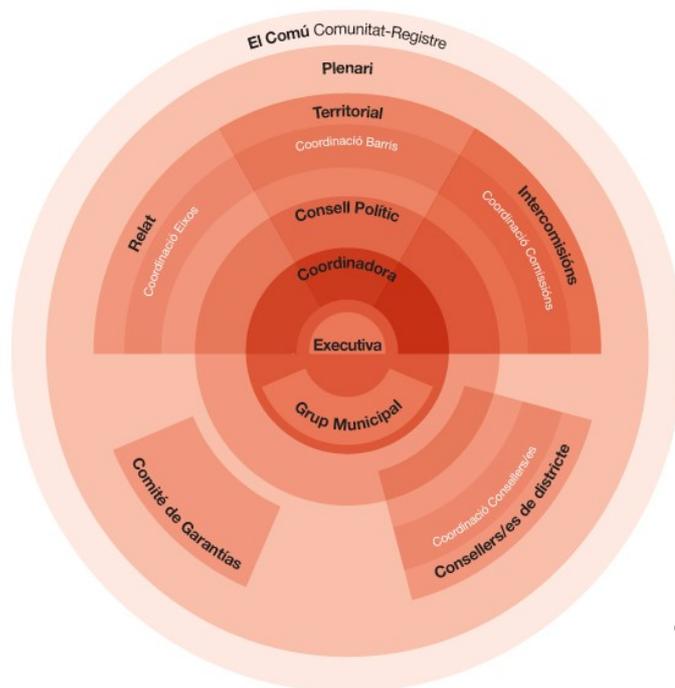
Wie lief es in Barcelona ab? 2013 gründete sich die Initiative *Guanyem Barcelona* (Wir gewinnen Barcelona). Das Ziel war es, 30 000 Signaturen zu sammeln. In kurzer Zeit waren mehr als erwartet erhalten worden. Sich der Unterstützung der Bürger*innenschaft sicher, gründete sich die Bürger*innenplattform *Barcelona en Comú*. 2015 kandidierte sie und stieg in den Wahlkampf ein, den sie wider Erwarten gewann. Seither bildet sie eine Minderheitenregierung im Stadtrat.

Die meisten Mitglieder* und Aktivist*innen innerhalb der politischen Organisation kommen aus sozialen Bewegungen und Nachbarschaftsvereinen. Hauptsächlich Politiker*innen der *Iniciativa per Catalunya Verds* (katalanischen Grünen) haben bereits Erfahrungen mit institutioneller Politik (katalanisches Parlament, Cortes Generales/spanisches Parlament). Es handelt sich also um eine Zusammensetzung von Menschen aus sozialen Bewegungen und unabhängigen Personen, die vielleicht, zumeist aber nicht, bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen haben. Jedoch sicherlich keine in der Besetzung von Positionen des öffentlichen Amtes und damit keinerlei Erfahrungen darin die öffentliche Institution und damit die Regierung zu sein. Daher besteht eine starke lokale Verwurzelung.

Das herausstechende politische Merkmal der municipalistischen Bewegung ist *confluencia*. Die Zusammenarbeit von verschiedenen Initiativen und Parteien, in der ein*e jede*r gleiches Stimm- und Mitspracherecht hat, gleich welcher politischen Organisation die Person entstammt (Erbe 15M). Mal mehr oder weniger erfolgreich verstanden sich die municipalistischen Kandidaturen – zumindest in vielen Städten – als eine Art „Föderation von Initiativen“, die gemeinsame Anliegen ermittelten. „Dadurch wurde einer enormen Vielfalt von sozialen und politischen Prozessen Raum gegeben, während zentralisierten Parteistrukturen zugleich Einhalt geboten werden konnten“.^{vi}

Allerdings hat diese Bewegung auch enorme Schwierigkeiten. So herrscht in *Barcelona en Comú* auch ein Zustand der ständigen, allgemeinen Überforderung. Angesichts der Schwierigkeiten in der Institution, der Langsamkeit der Bürokratie, des Unwillens zu Veränderung der dort arbeitenden Menschen, der Lücken, die das Abwandern der Aktivist*innen in die Institutionen aus den sozialen Bewegungen hinterlassen haben. Also nicht alles so happybeppy wie man denken möchte.

Wie organisiert sich *Barcelona en Comú*?



Quelle: Organigrama^{vii}

Im Zentrum stehen Exekutive und Munizipalgruppe, die Teil der allgemeinen Koordination ist, die sich wie folgt zusammensetzt: 10 Aktivist*innen aus dem Mitglieder*verzeichnis, 8 Personen aus der Exekutive, 4 Personen aus der Koordination der thematischen Schwerpunkte, eine Person aus jeder Versammlung der verschiedenen Bezirke, jeweils eine Person jedes technischen Ausschusses und 4 Delegierte der Munizipalgruppe. Drumherum bildet sich der politische Rat, der als deliberativer Raum dienen soll, um Strategien bezüglich der politischen Organisation und munizipalistische Aktionen zu entwickeln. Dieser setzt sich aus ca. 150 Menschen zusammen. Relat/Territorium/Interkommissionen: relat sind thematischen Achsen zu verschiedenen Themen, Territorium sind die Versammlungen in den Bezirken und die Interkommission koordiniert sie untereinander. Das Komitee der Garantien ist für demokratische Innovation und das Funktionieren der Demokratie zuständig. Darüber hinaus gibt es noch die Versammlungen der einzelnen Bezirke (diese sind nach Bezirken organisiert, die verschiedene Nachbarschaften umfassen) und das Plenum der im Verzeichnis eingetragenen Aktivist*innen von Barcelona en Comú, das ca. 1500 Personen umfasst.

Als ich dort war, stellten sie gerade intern ein Programm vor, *el Plan de Fortalecimiento Organizativo*, der Plan zur Stärkung der Organisation. Ein Grund dafür war, dass die Organisation erst seit Kurzem bestand, so gab es noch nicht viele Strukturen und Teilnehmende waren ständig dabei auszuhandeln, wie sie sich eigentlich konkret organisieren möchten. Grund dafür ist auch der chronische Zeitmangel der besteht, da viele Entscheidungen täglich getroffen und nicht langwierig diskutiert werden können. Außerdem kommen der aktuelle Zeitgeist und aktuelle politische Entwicklungen ständig dazwischen. Spanien und so auch Katalonien befindet sich seit zwei Jahren im ständigen Wahlkampf. Es ist gar schon ein Wahlkrieg. Aufgrund dieser Umstände gab es in vielen partizipatorischen spaces, wie z.B. in der *asamblea* (Versammlung), lauter werdende Stimmen, die kritisierten, dass sich Hierarchien entwickelten und Entscheidungen ohne die Basis getroffen wurden.

Die ständige Frage ist also, wie lässt sich Partizipation und Konsens organisieren, im Zusammenspiel von extern, Institution und Bürger*innenschaft, aber vor allem auch intern, Partei und Bewegung. Die Feminisierung der Politik ist eine der vier Hauptpunkte im Plan zur Stärkung der Organisation (1. relato y interna politica, comunicar interna- y externamente, 2. relatos y aumentos concretos, 3. feminizar el movimiento politico y el modelo de organizacion, 4. promover la participacion y la transparencia). Die Feminisierung des Politischen oder feministische Politiken betreffen organisatorische genauso wie inhaltliche Anliegen. Die offizielle Stellungnahme der thematischen Achse 'Gender und sexuelle Diversität' auf der website von Barcelona en Comú:

„Durch die feministischen und LGBTI Mobilisierungen wird die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Diversität aus der öffentlichen Debatte in die Aktionen der Administration inkorporiert. Dies aus dem Grund, weil in den letzten Jahren beobachtet worden ist, dass die Mechanismen der Garantie für ein würdevolles Leben für alle angegriffen worden ist.

Die Achse arbeitet ausgehend von unumstößlichen Fakt, dass das Recht auf Gleichberechtigung eine allem vorausgehende, fundamentale Kondition der Demokratie ist und dass eine Gesellschaft sich nicht als demokratisch bezeichnen kann, wenn sie nicht von der öffentlichen Macht aus versucht, gegen Unterordnung, Entmachtung oder Gewalt gegen Teile der Bürger*innenschaft anzukämpfen. Die neue Politik muss feministisch sein oder sie wird nicht sein.

Als zentrale politische Priorität unterstützen wir die Ermächtigung und Impulssetzung der Kapazität der Personen Entscheidungen in ihrem Leben selbst zu treffen und dies mit dem Willen zu Demokratisierung in allen Bereichen: persönlich, der affektiven und familiären

Verhältnisse, sozial und der Gemeinschaft. Wir arbeiten daran die Formen von Produktion, Konsumtion und des Lebens zu ändern, denn die erste soziale Priorität bleibt stets die materiellen, existenziellen Konditionen der Würde für alle zu garantieren. Dazu ist es unumgänglich ein starkes öffentliches Engagement aufrechtzuerhalten, das sich der Beseitigung von frauenfeindlicher, homofober, lesbofober, bifober, transfober Gewalt widmet, um eine Stadt zu werden die gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Personen mit nicht-normativer Sexualität ankämpft.“^{viii}.

Munizipalisten oder Recht auf Stadt

In den munizipalistischen Bewegungen geht es darum, die Stadt und ihre öffentlichen Institutionen neu zu erfinden. Sie wollen zeigen, dass es nicht notwendig ist sich um eine bestehende, traditionelle Parteiapparatur herum zu organisieren, um etwas zu verändern^{ix} oder innerhalb des politischen Systems gehört zu werden. *Gehört werden* wird meist als etwas passives verstanden. Allerdings bedeutet es vielmehr, nachdem etwas aktiv gesagt wurde auch von Anderen aktiv gehört zu werden. Bei dieser Forderung handelt es sich um eine profunde Infragestellung des politischen Miteinanders und aufgrund welcher zwischenmenschlichen Tätigkeiten sich politische Repräsentation konstituiert. Letztlich begründet sich der Aktivismus der munizipalistischen Bewegungen auf der Forderung nach einer Politik, die auf kollektive Aktionen fokussiert.

Die Stadt ist Motor von Veränderung und Hauptschauplatz politischer Kämpfe. Aufgrund der Zusammensetzung einer Stadt – Menschen, Infrastruktur, Einrichtungen auf engem Gebiet – kommt es zu beschleunigten Begegnungen und werden Konflikte generiert. Außerdem sitzen hier die politischen Institutionen und Machtzentren. Nicht auf dem Land. Die Frage, was für eine Stadt wir wollen kann nicht getrennt werden von jener wie wir als (Mit-)Menschen miteinander leben, welche Art Mensch wir sein wollen.^x In den Städten gilt ein ständiger Kampf um die Produktion und den Zugang von öffentlichem Raum und öffentlichen Gütern, die reguliert werden müssen. Aber durch wen und in welchem Interesse? Die munizipalistische Bewegung ist Teil dieses Kampfes um öffentliche Räume und Güter, um sie einem gemeinschaftlichen Zweck zu widmen und unter den Prämissen des Gemeinwohls zu stellen.^{xi}

Hintergrund und Strategie beschreiben Niki Kubaczek und Gerald Raunig wie folgt: allgemeine Prekarisierung weiter Bevölkerungsgruppen, Auftreten – wie ich augenzwinkernd sagen würde – neuer sozialer Bewegungen, dann Verbreitung von Gegenmächten und der Versuch neue Formen von Institutionalität zu gestalten – zumindest in Spanien.^{xii} Daher handelt es sich nicht klassisch, um Machtergreifung und Neuverteilung, sondern um Machtergreifung, Erprobung neuer Formen von Politik, Entscheidungsprozessen, Positionierungen und Umsetzungen von Programmen, um neu zu verteilen. Das ist was die Politikwissenschaftler* instituiierende und konstituierende Praxen und Prozesse nennen.^{xiii} Auch schön: Weisen der Verstetigung, Bewahrung, Verknüpfung, Ermöglichung, Umhüllung und Sorge.^{xiv}

Ergo soll ein Prozess des Austausches initiiert werden, der gegenseitigen Ermächtigung und Sorge. Vor dem Hintergrund krasser Jugendarbeitslosigkeit, Enteignungen und Räumungen und dem Schicksal lebenslanger Schulden. Und plötzlich merken sie auf den Plätzen, anderen geht es genauso. Sie sind nicht allein, zurückgeworfen auf sich selbst, abgeschnitten vom Rest der Welt. Die PAH, der Verein, der sich für Hypothekenopfer einsetzt, Räumungen stoppt und rechtliche Beratung anbietet sowie Gemeinschaft fördert, hatte sich schon 2009 gegründet. Daher ist auch der Begriff von Bürger*innenschaft, aber auch Mitbürger*innenschaft wichtig.

Kommentar zur Dichotomie: alt und neu

Im Zusammenhang mit einer neuen Institutionalität und Feminisierung des Politischen sind zwei Punkte interessant: Erstens lässt sich die alte Art Politik zu machen in einem Wort beschreiben: bipartidismo. D.h. seit ca. 40 Jahren, seit Spanien eine Demokratie ist, ist entweder eine der zwei Volksparteien – PP (Partido Popular, rechts-konservative, und *PSOE*, sozialdemokratisch) – mit absoluter Mehrheit an der Macht. In den letzten Jahren ist es die PP mit Mariano Rajoy, die irgendwann ihren Namen von Alianza Popular – eine franquistische Organisation – in Partido Popular umänderte. Da sich PP und PSOE nicht mehr viel schenken, wird auch von PPSOE gesprochen.

Das Alte ist also gekennzeichnet durch eine faschistische Vergangenheit und Gegenwart, als auch Unbeweglichkeit und Unveränderlichkeit. Immer die gleichen Menschen sind an den entscheidungstragenden Stellen, die gleichen Parteien, in absoluter Mehrheit – sie müssen also nicht koalieren oder mit anderen Parteien im Parlament in Dialog treten. Sie können in aller Ruhe Politik für die Finanzeliten machen und selber zu solchen werden. Das ist sie, die wirkliche Krise unserer Zeit: nicht der Zerfall und die Rekonstitution eines Status Quo, sondern der Erhalt eines kranken Systems – dem Spätkapitalismus profitgieriger Eliten – unter allen Umständen, ganz gleich wie viele Opfer er fordert. Jedoch, da sich Spanien ja in einer Krise seiner Verfassung befindet, ist dies mit den generellen Wahlen im Dezember 2015 und im Juni 2016 ins Schwanken gekommen. Seither bildet die PP eine Minderheitenregierung und mag es mit den Ciudadanos zu koalieren (neoliberale, verjüngte Neuauflage der PP, in Katalonien entstanden, auch 2014).

Ciudadanos? Wollen wir wirklich über die reden?^{xv} Manuela Zechner bezeichnete sie als „ideale Subjekte der maskulinen Räume und Hallen der Macht“ – „ihre Köper gestählt von Fitness, Kokain und Kaviar, durchdrungen vom Geist des Unternehmers und der Konkurrenz, gekleidet in smarten Anzügen, die andere für sie bügeln“.^{xvi} Folglich zweitens: Konzentration von Sichtbarkeit und Macht, die v.a. mit maskulinen Attributen in Verbindung gebracht wird.

Feministische Politiken

Also Entmaskulinisierung und feministische Politiken. Das bedeutet halt nicht unbedingt nur noch Frauen überall zu haben. Also, ja, vermehrter Eintritt und Besetzung von Positionen in den Institutionen durch Frauen. Ada Colau und Manuela Carmena sind Beispiele dafür und haben in einer von Männern dominierten Welt symbolisch-repräsentativen Wert. Denn sie sind Bürgermeister*innen der zwei größten und wichtigsten Städte Spaniens. Aber Frauen machen nicht per se bessere, moralisch bessere Politik als Männer. Daher handelt es sich hier nicht, um die Behauptung einer femininen Essenz und keinesfalls, um die Reproduktion dominierender Vorstellungen des Femininen und des weiblichen Körpers, sondern um ihre stete Infragestellung.

Feministische Politiken sollen ein transformatives Potenzial und Politisierung initiieren. Es ist wichtig kritisch zu bleiben, um reaktionären Versionen nicht in die Falle zu tappen. Denn was ist, wenn so etwas wie natürliche feminine Werte nicht existieren?

Grundlegende Forderungen sind also: Diversität, gemeinsame Verantwortung, Sorge.^{xvii} Dies ist aber nicht erst seit 15M so, sondern Resultat langer, jahrzehntelanger Kämpfe gegen neoliberale und spätkapitalistische Entwicklungen und Verteidigung und Einforderung fundamentaler Rechte. Gerade im Bereich der Reproduktion. Bezüglich Umwelt und Natur möchte ich an dieser Stelle Ende Gelände und den Kampf im Hambacher Forst erwähnen. Ihr Kampf um das Gemeinwohl, die Verteidigung des Lebens und den Konditionen des Lebens ist schonungslos und hiermit schicke ich solidarische Grüße nach Westdeutschland!

Feministische Politiken heißt Deessentialisierung des Femininen. Das heißt das Feminine wird nicht nach einer deskriptiven Logik entworfen, sondern in einem kreativen Umgang mit Differenzen gestaltet. Zentrale Forderungen sind:

das Politische muss eine Praxis sein, die ständig ihre Grenzen verschiebt, politische Räume kreiert, die Differenzen befähigt anstatt zu versuchen sie einzuschränken,

d.h. ständige Wachsamkeit gegenüber Diskriminierungen jeglicher Art,

d.h. keine dominanten, maskulinisierten Figuren reproduzieren (modos de ser se ponen en juego)

d.h. jegliche*s Individuum und Kollektivität ist verwurzelt, keine totalitären, heroischen Projekte, sondern Generalisierungen und Relativierungen fallen lassen und ständige Kritik des Absoluten und Definitivem – da sie ach so günstig für die Kämpfe der Identitären,

d.h. die Achtung für das Leben, die Konditionen, die es ermöglichen, sind zentral, nicht Reproduktion von Sorgeverhältnissen, die in Desigualdad entstanden sind, nie vergessen, dass der globalisierte Kapitalismus um enorme Quantitäten an nicht-sichtbarer Arbeit verfügt, die sich über eine heteropatriarchale Ideologie organisieren.^{xviii}

Allerdings handelt es sich hier nicht um einen Traum von *einer* Institutionen, die all das bewerkstelligt. Sondern dem Traum und der Gewissheit von einer Kapazität und Aktivierung einer veränderten Politik und dem Ermöglichen neuer Protagonismen.^{xix} So wie der Chor einst verschwand, kann er auch wieder auftauchen. Das Politische und seine Implikationen, seine Handlungen und Gedanken gehen weit über institutionelle Grenzen hinaus. Wir brauchen dieser Mär nicht weiter auf den Leim zu gehen. Wir wissen bereits Bescheid. Wir alle haben die Fähigkeit, Dinge zu modifizieren, Situationen zu schaffen, Miteinander zu leben. Im Zentrum feministischer Politiken steht also die radikale Verwundbarkeit der Einzelnen, die Mit-Verantwortung (co-responsibilization). Dabei handelt es sich sowohl um einen Begriff der Analyse als auch des Alltags.

Feministische Ausführungen

Bei respons-ability muss ich an Karen Barad denken. Denn für Barad gibt es kein Wissen auf Distanz. Wissen ist vielmehr ein direktes materielles engagement, ein zusammen-auseinander-schneiden und ein stetiges Modellieren von Möglichkeiten. Subjekt und Objekt sind miteinander verschränkt – diese Verschränkung bezeichnen wir gemeinhin als Phänomen. Ein Phänomen ist demnach nicht ein verschwommenes Spiegelbild irgendeiner Welt, sondern verantwortbarer Körper und dessen Verschränkungen. Da ethische Fragen in die Textur der Welt eingewoben sind, sind auch matters of fact, matters of concern und matters of care voneinander durchdrungen.^{xx}

Ein anderes englisches Wort in diesem Zusammenhang ist committment. Nach Barad gibt es keine richtigen Antworten auf das radikal Andere zu finden, doch bloß eine Verantwortung gegenüber den gelebten Verhältnissen des Werdens.^{xxi}

Responsibility, then, is a matter of the ability to respond. Listening for the response of the other and an obligation to be responsive to the other, who is not entirely separate from what we call the self.“

Gefordert wird eine Ethik der Verantwortung, die sich stützt auf das Leiden der Anderen und die Anerkennung ihrer Bedürfnisse. Zentral ist somit die Anerkennung unserer radikalen Verwundbarkeit und die gegenseitige Abhängigkeit als Normalität. Dies stellt ein notwendiges Risiko dar, das universell ist in den menschlichen Relationen. Gefordert wird eine Ethik der Verantwortung, die nicht davon ausgeht, dass die Menschen autonom und selbsterhaltend sind, sondern abhängig und bedürftig, sodass die Sorgeaktivität eine zivile Tugend und eine öffentliche Pflicht darstellt – jedoch nicht bloß der Frauen. Es stellt dies keine feminine Tugend dar, sondern eine Zivile. Das Adjektiv zivil bezeichnet somit eine Ausweitung der Sorgeaktivität von einer bisher (traditionell) kleinen Gruppe auf alle Bürger*innen und Mitmenschen. Daher ist auch der vormals erwähnte Begriff von Mitbürger*innenschaft in dieser Debatte wichtig. (Hier mal kurz nicht bürgerlich als ökonomisches, sondern sozio-kulturelles Kapital.)

Wenn Diversität und differentielle Tatsachen in institutionelle Abläufe integriert werden sollen, bedeutet das mit Haraway, dass unterdrückte, partielle, verkörperte und nachvollziehbare Positionen zur Wissensgenerierung ermächtigt werden sollen. Denn jeder Optik ist auch eine Politik des Positionierens inhärent.^{xxii} „Damit ist nicht nur eine größere Sensibilität und Freundlichkeit gegenüber den Rahmungen von Beziehungen gemeint, sondern auch der Versuch, aus den Dichotomien zwischen Sieger_innen und Besiegten, Mehrheiten und Minderheiten auszubrechen und die Politik der Sorgeverhältnisse als eine differenzielle Tatsache zu inkorporieren, die für die neuen Formen kollektiver Konstruktion maßgeblich sein sollte.“^{xxiii} Eine Politik, die das Relationale ins Zentrum setzt, die sich danach orientiert Formen des Gemeinsamen zu etablieren, Begegnung schafft, Rhythmen synchronisiert. Eine Politik, die soziale Rechte garantiert, grundsätzliche Bedürfnisse abdeckt, anstatt nur den privaten Zugang zu Konsum zu sichern. Eine Politik, die sich um unsere radikale Verwundbarkeit herum konstruiert, nicht aus einer Leere heraus artikuliert, sondern aufgrund einer Gemeinschaft, die wir sind und sein möchten.^{xxiv}

Eine Politik, aufgrund von Interdependenz und Relation und einer gemeinschaftlichen Vorstellung der Zukunft. Hier können wir auch mit Arjun Appadurai anthropologisch werden und von der capacity to aspire und den Menschen als future-makers sprechen, die sich ihren Status Quo und Konsens stetig aushandeln und keineswegs 'einfach so', 'natürlich', 'immer schon' gegeben sind. Die Grundlage dieses Prozesses sind Vorstellungen einer gemeinsamen Zukunft, die sich innerhalb Gemeinschaften implizit und explizit entwickeln und der Fähigkeit nach diesen zu streben und zum Zweck ihres Erreichens zu handeln.^{xxv}

Politik wird also nicht nur administrativ, kalkuliert/quantitativ verstanden. Sondern als ein Kultivieren von Solidarität und positiven Emotionen, abseits der Institutionen. Das Politische konstituiert sich durch die Fähigkeit zur Imagination, zur Gestaltung und Intervention und dies immer gebunden an ein Erleben von Kollektivität. In der Welt der Posthegemonie (ein Begriff von Jon Beasley-Murray): „der Kampf um Ideologie und Makrorelationen der Linken und Rechten motivieren, mobilisieren und sozialisieren nicht mehr, es ist die Politik einer Gesellschaft im Netzwerk, das Erleben von Interaktion als konkrete emotionale Verbundenheit mehr als die Mediatisierte“^{xxvi} Folglich müsse sich die diskursive Hegemonie komplettieren mit einer affektiven Hegemonie, die an das konkrete Erleben appelliert und an kollektiven Erfahrungen.^{xxvii}

Die demokratische Revolution bezeichnet eine kulturelle Transformation der Wahrnehmung und Sensibilität/Gespür für Verletzendes. Wichtig ist es nicht nur einander beizubringen und zu erklären wie die Dinge sind und sein könnten. Was wir brauchen ist nicht nur eine gleichberechtigte Politik, die aus dem Kongress heraus orchestriert wird. Auch wenn diese politischen Entscheidungen wichtig sind. Darüber hinaus geht es vielmehr darum den Zwischenraum zwischen uns zu stärken

und die Netzwerke, die wir brauchen, um Leben zu erhalten und Gemeinschaft zu konstruieren.^{xxviii}

Fazit

Wichtige Schlagworte sind das Recht auf Stadt und das Recht zu Regieren. Barcelona wurde mit Barcelona en Comú Teil eines Netzwerks von rebel cities und einer municipalistischen Bewegung, die sich international erstreckt und diese Rechte einfordert. Bei diesen handelt es sich nicht um Rechte auf etwas, das bereits existiert und sich angeeignet wird, sondern um Rechte darauf zu rekreieren, etwas nach bestehenden Bedürfnissen zu transformieren. Zumindest darum ein aktives Mitspracherecht zu haben. Nach Harvey ist die Forderung nach dem Recht auf Stadt ein leerer Signifikant. Die Frage ist, wer ihn mit Bedeutung füllen darf, von wem er als Recht identifiziert und definiert wird.^{xxix}

Wichtig ist auch zu verstehen, dass es sich um eine Bewegung handelt, die gerade stattfindet, also Menschen, die sich gerade den tagtäglichen Anforderungen und Frustrationen des bürokratischen Apparats stellen, um zu verstehen wie sie funktionieren und wie sie eventuell demokratischer gestaltet werden können. Anstatt einer entworfenen Utopie eines besseren Lebens hinterherzujagen, säen sie die Samen dessen, was eines Tages eine zukünftige, demokratische Kultur werden könnte, in einer Gemeinschaft/Gesellschaft, die sich nach demokratischen Prinzipien des Miteinanders organisiert. Diese neue Strukturen sollen und müssen die institutionellen Einrichtungen erfassen.

Viele der Aktivist*innen mit denen ich sprach, beschrieben das erste Jahr mit Verwunderung, Überforderung, Entgeisterung aber auch Motivation und Willen. Sie erzählten mir, dass die Institution die Bewegung zu schlucken scheint. Wo doch die Bewegung die Institution umfassen, umschwemmen sollte. Die politische Institution – schon auf kommunaler Ebene, daher können wir nur erahnen wie es auf nationaler Ebene vor sich geht – hat sich als Erhärteter erwiesen als erwartet. Daher erleben Aktivist*innen, die nun die Regierung stellen, *auch* die alltäglichen Enttäuschungen von Idealen und Erwartungen. Von der Revolution sind sie in den Alltag öffentlicher Institutionen geschlittert und finden die Gegenwart als tatsächlichen politischen Battleground vor. Daher sind die Politiken der Allmende auch als eine anti-utopian pragmatic politics of the present zu verstehen.^{xxx}

Das Recht auf Zukunft realisiert sich in der Gegenwart. Die Menschen sind future-makers und daher muss ihre Politik pragmatisch sein, handgemacht, stetig wachsend und durch Sorge um gegenseitige Bedürfnisse (posthuman) geformt werden. Viele, mit denen ich während meiner Feldforschung sprach, erzählten mir, dass sie Demokratie als überbewertet empfänden, ja, gar nicht an sie glaubten. Das liegt daran, dass unter den derzeitigen Bedingungen Demokratie auf nationaler und internationaler Ebene nicht funktioniert, sie als politisches System zu versagen droht. Es liegt vielleicht auch daran, dass ein ausschließliches Verständnis von Demokratie als politisches System an sich ein Scheitern bedeutet. Da sich doch die Prinzipien und Ideale von demokratischer Politik als Praxis auf das tägliche Miteinander und die Gestaltung von Entscheidungsprozessen begründet, die nun mal unwiderruflich mit konkreten Handlungen verbunden sind. Es muss also endlich ein Verständnis von Demokratie reklamiert werden, das vom alltäglichen, sozio-kulturellen Gefüge des Zusammenlebens und ethischen Prämissen ausgeht.

- i El Candel (N.N.): „Biografía (1925.2007)“, *El Candel*, <http://www.elcandel.es/biografia/>, 16.03.16.
- ii Die Bezeichnung Bewegung der Comunes bezieht sich darauf, dass sich die neuentstandenen politischen Organisationen auf den gemeinsamen Faktor des Gemeinwohls beziehen. común ist Spanisch für 'gemeinsam', während 'bien común' auf Deutsch als Gemeinwohl zu übersetzen wäre.
- iii Corsín Jiménez, Alberto/Estalella Adolfo (2014): „Assembling Neighbors: The City as Hardware, Method and “a Very Messy Kind of Archive”, *Common Knowledge*, 20/1, S. 150-171: 151.
- iv Corsín, Alberto/Estalella, Adolfo (2011): “#spanishrevolution”, *Anthropology Today*, 27/4, 2011, S. 19-23: 20.
- v Arnau Monty: Mapa de las acampadas del 15M, candidaturas municipalistas y gobiernos emergentes en las ciudades de más de 100.000 habitantes, *arnau monty*, 11.8.16, <https://arnaumonty.wordpress.com/2016/08/11/mapa-de-las-acampadas-del-15m-candidaturas-municipalistas-y-gobiernos-emergentes-en-las-ciudades-de-mas-de-100-000-habitantes/>, 9.12.2017.
- vi Galcerán Huguet, Montserrat/ Carmona Pascual, Pablo (2017): „Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 105-112: 110.
- vii Organigrama: <https://barcelonaencomu.cat/ca/organigrama>, 9.12.17.
- viii Von mir aus dem Katalanischen ins Deutsche übersetzt. Genero y Diversidad Sexual: <https://barcelonaencomu.cat/es/eix-tematic/genero-y-diversidad-sexual>, 9.12.17.
- ix Galcerán Huguet, Montserrat/ Carmona Pascual, Pablo (2017): „Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 105-112: 107.
- x Harvey, David (2013) *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*, London/New York: Verso, S. 4.
- xi Ibid.: S. 73.
- xii Kubaczek, Niki/Raunig, Gerald (2017): „Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 7-28: 8.
- xiii Ibid.
- xiv Ibid.: S. 9.
- xv Um zu verstehen was ich meine, lest diesen Artikel bzw. schaut euch das Kampagnenfoto aus dem Jahr 2015 von Albert Rivera, Parteichef der Ciudadanos, an. <https://katesheabaird.wordpress.com/2015/04/07/the-naked-truth-about-ciudadanos-spains-counter-revolutionaries/>
- xvi Kubaczek, Niki/Raunig, Gerald (2017): „Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen munizipalistischen Bewegungen in Spanien“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 7-28: 15.
- xvii Galcerán, Montserrat/Carmona, Pablo (2017): „Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 105-112: 108.
- xviii Gil, Silvia L.: „Feminización de la Política. Por vidas precarias“, 19.7.16, *Diagonal*, <https://www.diagonalperiodico.net/blogs/vidasprecarias/feminizacion-la-politica.html>, 3.12.17.
- xix Carmona, Pablo/Galcerán, Montserrat: Los futuros del municipalismo. Feminización de la política y radicalización democrática, 19.1.17, *El Diario*, http://www.eldiario.es/tribunaabierta/municipalismo-Feminizacion-politica-radicalizacion-democratica_6_603399694.html, 3.12.17.
- xx Dolphijn, Rick/van der Tuin, Iris (2013): *New Materialism: Interviews & Cartographies*, University of Michigan: Open Humanities, S. 69.
- xxi Ibid.: S. 52.
- xxii Donna Haraway (1988): „Situated Knowledges: The science question in feminism and the privileged of partial perspective“, in: *Feminist Studies*, 14/3, S. 575-599.
- xxiii Galcerán, Montserrat/Carmona, Pablo (2017): „Die Zukünfte des Munizipalismus. Feminisierung der Politik und demokratische Radikalisierung“, in: *Die neuen Munizipalisten. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte*, Hg. v. Christoph Brunner, Niki Kubaczek, Kelly Mulvaney und Gerald Raunig, Wien (u.a.): transversal texts, S. 105-112: 109.
- xxiv Palop, Maria Eugenia R.: „Feminizar la poitica“, 30.11.16, *El Diario*, http://www.eldiario.es/zonacritica/Feminizar-politica_6_585901437.html, 3.12.17.
- xxv Appadurai, Arjun (2013): “The Capacity to Aspire: Culture in the Terms of Recognition”, in: *The Future as Cultural Fact. Essays on the Global Condition*, London/New York: Verso, S. 179-195.
- xxvi Palop, Maria Eugenia R.: „Feminizar la poitica“, 30.11.16, *El Diario*, http://www.eldiario.es/zonacritica/Feminizar-politica_6_585901437.html, 3.12.17.

xxvii Ibid.

xxviii Carmona, Pablo/Galcerán, Montserrat: Los futuros del municipalismo. Feminización de la política y radicalización democrática, 19.1.17, *El Diario*, http://www.eldiario.es/tribunaabierta/municipalismo-Feminizacion-politica-radicalizacion-democratica_6_603399694.html, 3.12.17.

xxix Harvey, David (2013) *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*, London/New York: Verso, S. xv.

xxx Greenberg, Jessica (2014): *After the Revolution. Youth, Democracy, and the Politics of Disappointment in Serbia*, Stanford University Press.